
Presseinformation Nr. 48

12. Januar 2006

ZEIL:

Brüssel stellt sich selbst ein Armutszeugnis aus

BERLIN. Zu dem heute in Brüssel vorgestellten „5. EU-Innovationsbarometer 2005“ erklärt der FDP-Bundestagsabgeordnete, Martin ZEIL:

Brüssel hat sich einmal mehr selbst ein Armutszeugnis ausstellen müssen: Dem „5. EU-Innovationsbarometer“ ist zu entnehmen, dass die EU-Staaten ihr erklärtes Ziel, bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsregion der Welt aufzusteigen, nicht nur nicht erreichen werden (dies hatte die EU ja schon früher zugegeben), sondern, noch schlimmer, sich immer weiter davon entfernen!

Die im Innovationsbarometer aufgeführten Fakten sprechen eine eindeutige Sprache: So liegt die EU bezüglich der Patentanmeldungen 23 Prozent hinter Japan und zwölf Prozent hinter den USA. Diese beiden Länder sind derzeit die innovativsten Regionen der Welt und dienen der EU als Messlatte für ihre Ziele. Bei insgesamt 16 von 26 Innovationsindikatoren hinkt die EU Japan und den USA hinterher.

Zutiefst unbefriedigend ist auch der Tatbestand, dass die 700 führenden europäischen Industrieunternehmen zwar 31 Prozent der globalen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen bestreiten, dass sie aber bei der Wirtschaftsleistung von Hochtechnologiegütern nur auf dürftige 21 Prozent kommen. Mit anderen Worten: Die von ihnen erzeugten Produkte sind nicht innovativ und gut genug! Input und Output stehen in einem Missverhältnis.

Das alles ist Besorgnis erregend, auch wenn man in Betracht zieht, dass Deutschland neben Schweden, Finnland und Dänemark beim EU-Ranking zu den vier Spitzenreitern zählt.

Aber, die EU ist nun einmal eine Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft, in der einer für den anderen einsteht. Und da muss es uns schon beunruhigen, dass das Gros der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Innovationsfähigkeit deutlich, teilweise sogar Lichtjahre, hinter den USA und Japan liegen!

Verantwortlich:
ISABELLA PFAFF

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de

Das kann und darf nicht so bleiben. Die EU muss dafür Sorge tragen, dass die Forschungsaufwendungen in der Gemeinschaft deutlich effizienter als bisher genutzt werden.

Susanne Bühler
Telefon: (030) 227-52378
pressestelle@fdp-bundestag.de